

Intervention:

„Gegen die Zwangsperspektive des ostdeutschen Zurückbleibens – für forcierte Mobilisierung endogener Entwicklungspotentiale Ost“

Inhaltsübersicht:

1. Zugespitzte Dramatik der Lage Ostdeutschlands
 - 1.1 Wichtige Indikatoren zur Lage
 - 1.2 Zur ostdeutschen Länderverschuldung
2. Rückblick auf den Streit um eine strategische Neuorientierung für den „Aufbau Ost“
3. Zur aktuellen Transfer-Debatte
4. Objektive Entwicklungspfade und Aufholchancen Ost/West
5. Zur Kritik am „Jahresbericht 2004 Stand der deutschen Einheit“
6. Alternative Vorschläge und Sichtweisen

1. Zugespitzte Dramatik der Lage Ostdeutschlands

Im 15. Jahr nach der deutschen Vereinigung wird heftig um die soziale und ökonomische Lage in Ostdeutschland und die sich daraus ergebenden Konsequenzen gestritten. Seit dem Frühjahr hat diese Debatte neu und verstärkt eingesetzt. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat bereits im April auf diese aktuelle Entwicklung mit einem umfänglichen Papier auf der eigenen Homepage reagiert¹, dort für eine „neue Wirtschaftsstrategie“ plädiert und in der Folgezeit weitere informative Autorenbeiträge zum Thema Ostdeutschland publiziert.

Die ökonomischen Fakten sind ernüchternd und im Kern dramatisch. Selbst bei umfangreichen Fördermaßnahmen kommt der Aufholprozess Ost-West längst nicht mehr voran. Die Wirtschaftsleistung *je Einwohner* stagniert seit 1997. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Daher ist verständlich, dass auch Umfang und Ausrichtung der staatlichen Förderpolitik für Ostdeutschland heftig diskutiert werden, zumal damit deutliche finanzielle Belastungen für westdeutsche Gebietskörperschaften und viele Bürger verbunden sind. Über diesen Verteilungsaspekt zwischen Ost- und Westdeutschland hinaus werden auch die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Transferleistungen zunehmend hinterfragt, die vorgeblich zur Wachstumsschwäche in Deutschland beitragen. Die vereinigungsbedingten Anteile der stark angewachsenen Staatsverschuldung stellen jetzt und auch künftig eine zusätzliche Dauer-Hypothek für Bund und Länder dar.

1.1 Einige Indikatoren der Lage

Eine jüngere Umfrage von DIMAP besagt, dass *zwei Drittel* der Deutschen inzwischen zu der Meinung gelangt sind, die ökonomische Vereinigung sei misslungen oder gescheitert – das Ziel einer Angleichung der ökonomischen Leistung und der Lebensverhältnisse wurde in den zurückliegenden 14 Jahren nicht erreicht. Diese Auffassung wird auch von den statistischen Daten her wie folgt gestützt:

Tabelle 1: Indikatoren zur Wirtschaft Ostdeutschlands (1991-2003) (Westd. = 100)

	1991	1997	2003
BIP je Einwohner (Preisbasis 1995) ¹	49,4	67,1	66,4
BIP je Einwohner ² (nominal)	33,4	62,2	63,9
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner ²	62,0	108,0	89,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) ¹	51,2	72,5	74,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ²	49,3	76,1	77,4
Lohnstückkosten ² (Personenbasis)	141,1	111,8	106,8
Arbeitszeit je Arbeitnehmer	99	110	109
Erwerbsbeteiligung ²	96,0	91,0	88,0
Kapitalstock je Einwohner	38,0	66,0	71,0
Exportquote ²	52,0	44,0	60,0
Öff. Infrastruktur je Einwohner	50,0	64,0	78,0
Originäre Steuer-Einnahmen-Quote	15,0	36,0	37,2 *

¹ NBL mit Berlin, ABL ohne Berlin; ² NBL ohne Berlin, ABL mit Berlin; Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, S. 154; IWH: Wirtschaft im Wandel 6/2004, S. 174; IW: Positionen 10/2004, S. 26.; * DIW, Wochenbericht 36/2004, S. 512 (Tabelle)

Hiernach ist erkennbar, dass es noch gravierende Niveau-Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands gibt, deren weitere Verringerung *nur unter günstigen Umständen* in einem andauernden schnelleren Wachstumsprozess der ostregionalen Wirtschaft möglich wäre. Nun zeigen aber die Daten seit 1996/1997, dass sich die ökonomische BIP-Leistung je Einwohner im Vergleich zu Westdeutschland sich faktisch kaum verändert hat. **Daher spricht man zu Recht seit acht Jahren von einer anhaltenden Stagnation in der Angleichung der ökonomischen Leistung Ost an West.** Wenn dies aber so ist, dann kann es natürlich niemanden mehr wundern, wenn festgestellt wird: die ökonomischen *Hauptantriebskräfte* für die weitere Angleichung sind offenbar völlig unzureichend. Dies gilt auch für jene zurückliegenden Phasen der Entwicklung, in denen die westdeutsche „Konjunkturlokomotive“ stärker anzog als gegenwärtig. Die These, dass ohne westdeutsche

keine ostdeutsche Konjunktur möglich sei, ist zwar richtig, aber allein nicht hinreichend für einen Angleichungsprozess.

Zu den unmittelbaren Ursachen zählt hauptsächlich der rückläufige Prozess der ostdeutschen Ausrüstungsinvestitionen. Er erreichte nur noch den Stand von 89% je Einwohner im Jahre 2003 im Vergleich zu Westdeutschland. Dieses Absinken signalisiert zweifellos, dass die investiven Wachstumspotentiale Ost sich verschlechtern und damit der notwendige regionalwirtschaftliche Aufholprozess nicht mehr durch höhere, Westdeutschland *überflügelnde*, Kapitalinvestitionen je Einwohner angeschoben werden kann.

Dies hat zwei wesentliche Gründe: *erstens* sind die privatwirtschaftlichen Investitionen in diesem Bereich tendenziell rückläufig, die als externe oder fremd finanzierte Investitionen in die Region einfließen und *zweitens* ermöglichen die zu niedrigen Gewinnspannen der ostdeutschen Unternehmen nicht, den rückläufigen Strom von externen Investitionen auszugleichen.

Die Investitionen westdeutscher Konzerne ins Ausland waren zuletzt viel größer als die nach Ostdeutschland. Die zeitweilig hohen westdeutschen Ausrüstungsinvestitionen in den neuen Bundesländern bildeten nur eine *Episode* im Vergleich zu den enormen und anhaltenden Anstrengungen der Konzerne in den zurückliegenden Jahren, Direktinvestitionen im europäischen und außereuropäischen Ausland zu tätigen. Dazu kam, dass in vielen Branchen die Produktionskapazitäten West völlig ausreichten, den ostdeutschen Binnenmarkt zu beliefern. Daher kann man hierzu zusammenfassend feststellen: das westdeutsche unternehmerische Investitionskalkül verhinderte eine Fortsetzung der kurzzeitigen Investitionswelle in die ostdeutsche Produktion. Daran versuchte die Politik nicht einmal ansatzweise etwas durchgreifend und nachhaltig zu verändern. So geriet der *Aufholprozess* Ost in die bereits mehrjährig andauernde Stagnation.

Die andere Seite der ostregionalen Investitionsschwäche bildet die unzureichende Renditehöhe im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes, welche die eigene mögliche Gewinnverwendung für forcierte Ausrüstungsinvestitionen einengt, und die durch Probleme bei der Aufnahme von Bankkrediten noch verschärft wird. Dies schlägt sich u. a. in noch niedrigerer Kapitalausstattung je Beschäftigten in den ostdeutschen KMU nieder. Die Folge der niedrigeren Renditen besteht zunehmend in einer zu geringen Kapitalkonzentration Ost und in Hemmnissen bei der Umsetzung von FuE Ergebnissen in die Produktion, die dann auch eine profitable Marktexpansion dieser Unternehmen erschwert bzw. das Eindringen in ausländische Märkte behindert.

Folgt man dieser Analyse, dann wäre zu erklären, warum die ostdeutschen Renditen im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes niedriger als in Westdeutschland sind. Danach bestehen mehrere Faktoren bzw. Bedingungen für zu hohe Kosten, die kurz aufzuzählen sind: höhere Vorleistungspreise, höhere Energiekosten, höhere Zinslasten, höhere Kosten durch zu kleine Produktionsserien, die alle mehr oder weniger eine Folge geringer oder schwacher Marktmacht sind.² In einigen hochproduktiven Branchen wirken sich die internen Konzernpreisbildungen für Lieferungen innerhalb der Konzerne auf den in Ostdeutschland abrechnungsfähigen Gewinn schmälern aus. Außerdem bewirken die strukturellen Unterschiede in der Betriebsgröße und Kapitalausstattung zwischen Ost und West auch unterschiedliche erzielbare Produktivitäten und Betriebsgewinne. Während in den ersten Jahren nach der Vereinigung die überhöhten Lohnstückkosten die Rentabilität stark herabdrückten, ist hier inzwischen ein *genereller* Wandel eingetreten: die Lohnkosten wirken im Durchschnitt nicht

mehr negativ auf die Renditen. Umgekehrt: seit einigen Jahren liegen die Lohnstückkosten Ost im Verarbeitenden Gewerbe unter denen Westdeutschlands. Dennoch bestehen insgesamt noch in Ostdeutschland um ca. zwei Prozentpunkte niedrigere Renditen im Verarbeitenden Gewerbe, die zu einer verminderten Gewinnbildung führen. Dies muss sich auf die Eigenkapitalbildung für mögliche Investitionen behindernd auswirken.

An dieser Stelle ist auf das Bestreben der Unternehmerverbände zu verweisen, die Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern ständig *unter* den erzeugten Verteilungsspielraum zu drücken, der sich aus weiteren Steigerungen in der Produktivität ergibt. Offenbar will man damit erreichen, dass sich die Renditen im Osten rascher auf das Westniveau anheben. Selbst wenn das gelingen würde, ist damit jedoch noch keine Wiederherstellung eines Aufholprozesses aus dem inneren Potenzial der ostdeutschen Wirtschaft möglich: dazu müssten die ostdeutschen Renditen die westdeutschen langfristig sehr deutlich *überflügeln* – was keinesfalls auf dem einheitlichen Binnenmarkt erwartet werden kann. Das schließt dann auch logischer Weise aus, den Aufholprozess ohne massive *zweite* Investitionswelle von außen irgendwann fortsetzen zu können. „Für anhaltend schwache bzw. sogar rückläufige Investitionen sprechen nicht nur die gesunkene Attraktivität des Standortes Ost, die Rückführung der staatlichen Förderung sowie geringere staatliche Infrastrukturinvestitionen (Stichwort „Rückbau Ost“), sondern auch die sinkende Zahl von Arbeitsplätzen“, betont die Deutsche Bank Research. ³

Wenden wir uns nun einigen sozialpolitischen Aspekten des erreichten Standes der Angleichung zu. Die beiden Lohnniveaus in Ost und West sind nicht nur durch Unterschiede im Tariflohnsystem noch geteilt, sondern insbesondere durch die ostdeutsche Flucht der Unternehmer aus der Tariflohnbindung ⁴ sowie durch unterschiedlich lange Arbeitszeitregimes. Außerdem existieren erhebliche Ost-West-Unterschiede in betrieblich vereinbarten bzw. zusätzlichen Lohnstandteilen wie z. B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld. Zahllose Arbeitnehmer arbeiten jede Woche mehrere Stunden faktisch unbezahlt. Insofern haben die offiziellen Lohnvergleiche selbst zwischen gleichen Branchen nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Tabelle 2: Soziale Indikatoren für Ostdeutschland (Westdeutschland = 100)

	1991	1997	2002
Haushaltsnettoeinkommen	54	82	81
Arbeitskosten: Entgelt je Arbeitnehmer	49	76	77
Arbeitszeit: Jahresstunden je Arbeitnehmer	99	110	110
Erwerbsbeteiligung	96	91	87
Arbeitslosenrate	216	203	254
Sozialbudget in Prozent des erzeugten BIP	184	156	164
Sozialbudget je Einwohner	61	95	100

Ohne Berlin. Quelle: IW-trends 4/2003, S. 2

Aus den Daten geht hervor, dass die sozialen Kennziffern einen höheren Grad der Annäherung erreicht haben als die regionalökonomischen. Dieses „Plus“ in der sozialen Annäherung Ost an West ist finanziell die Folge der hohen laufenden Netto-Transferzahlungen aus öffentlichen Finanzierungsquellen mit konsumtiver Endverwendung. Ostdeutschlands Endverbrauch ist *höher* als seine Eigenproduktion – man spricht daher seit langem von einer auseinanderklaffenden „Produktionslücke“. Im Gefolge der eingetretenen Stagnation im Aufholprozess hat sich in den letzten Jahren diese „Produktionslücke“ von der ostdeutschen BIP-Angebotsseite her nicht deutlich verringert, sie wird durch die West-Ost-Lieferungen sowie durch die Transferleistungen weiterhin geschlossen. In diesem Zusammenhang kann die Reduzierung der ostdeutschen Sozialkosten insbesondere der Folgekosten der hohen Arbeitslosigkeit durch die „Arbeitsmarktreform“ (Hartz-Gesetze) als Versuch gewertet werden, u. a. auch die „Produktionslücke“ dadurch zu verringern, dass die verfügbaren Einkommen und ihre Verwendung reduziert werden.⁵

Die Auswirkungen der Kürzungen und Mehrbelastungen der Masseneinkommen infolge der „Reformen“ auf die regionale Kaufkraft sind in den neuen Bundesländern, insbesondere auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit und des hohen Anteils der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen, gravierend und insgesamt weit stärker als in Westdeutschland. Sie führen zu einer Schwächung der regionalen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und mindern damit die marktwirtschaftlich-regionalen Antriebskräfte. *Die Folgen von „Agenda 2010“ und „Hartz-IV“ für den Binnenmarkt sowie die Anforderungen an einen neu belebten Aufholprozess stehen im diametralen Gegensatz zueinander.*

1.2 Zum Stand der öffentlichen Länderverschuldung Ost

Die Dramatik der ostdeutschen Entwicklung seit der Vereinigung spiegelt sich zweifellos in den inzwischen eingetretenen Belastungen der *regionalen* Gebietskörperschaften durch öffentliche Haushaltsverschuldung. Die Länderverschuldung (einschl. der Kommunen) beträgt in Ostdeutschland zu Ende 2003 *je Kopf* 6.274 Euro. Diese Verschuldung der Länder und Kommunen erhöht jene, die aus dem zentralen Bundeshaushalt selbst *je Einwohner* (9.345 Euro zu Ende 2003) zu tragen ist.⁶ Für die ostdeutschen Regionen ergibt dies eine in Flächenländern (ohne Stadtstaaten) überdurchschnittliche Schuldenbürde je Kopf von 15.619 Euro mit einer jährlichen Zinslast von ca. 547 Euro (bei 3,5% Zinssatz). Die Quote eigener Steuereinnahmen an den *Ausgaben* erreichte 2003 in den neuen Bundesländern 34,4%.⁷ Insgesamt erwachsen in den ostdeutschen Landeshaushalten höhere Netto-Neuverschuldungen, die in den jeweiligen Gesamtschuldenständen für 2001 mit 58,8 Mrd. Euro, für 2002 mit 63,8 Mrd. Euro und für 2003 mit 68,0 Mrd. Euro kumulierten. In den ostdeutschen Gemeinden war der Gesamtschuldenstand in diesem Zeitraum bis 2003 bei 17,0 Mrd. Euro angelangt.⁸

Damit betrug der kumulative Stand der der öffentlichen Schulden in den ostdeutschen Ländern und Gemeinden insgesamt 85 Mrd. Euro für 2003.⁹ Diese enorme Verschuldung bildete sich seit der Vereinigung vor dem Hintergrund hoher *indirekter und direkter* finanzieller Transfers, wie z. B. Steuernachlässe und GA-Zuschüsse sowie zinssubventionierter Kredite – kumuliert ca. 300 Mrd. Euro an Fördermitteln für Investitionstätigkeit bis Juni 2004.¹⁰

In den einzelnen Landeshaushalten zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede in der Verschuldung je Einwohner wie folgt:

Tabelle 3: Verschuldung der ostdeutschen Länder und Gemeinden 2003 (ohne Berlin)
(in Mio. Euro, je Kopf in Euro)

Länder Ost:	Gesamt	Land	Gemeinden *	Schulden je Kopf	Zinsen ** je Kopf
Brandenburg	18.048	16.264	1.784	7010	339
Mecklenburg-V.	11.595	9.499	2.096	6675	341
Sachsen	16.541	11.343	5.198	3917	198
Sachs.-Anhalt	20.005	16.662	3.343	7902	414
Thüringen	15.995	13.073	2.922	6726	343

* mit Gemeindezweckverbänden, * nach IWH, WiW, 14/2004, S. 414
Quelle: Destatis im Internet, Sept. 2004

Die Zinsbelastung stieg mit der rapide steigenden Verschuldung stark an und erreichte für 2003 *je Einwohner 248 Euro*, im Vergleich zu 213 Euro bei den westdeutschen Flächenländern. ¹¹ Hier wirkte sich auch der laufende ostdeutsche Bevölkerungsrückgang aus. Insgesamt betrug die Zinslast für Länder und Gemeinden in der ostdeutschen Region 4,2 Mrd. Euro für 2003. Diese Zinslast übersteigt bereits die laufenden Zuweisungen im üblichen horizontalen Länderfinanzausgleich um immerhin 1,5 Mrd. Euro für 2003. Die Zins-Ausgaben-Quote betrug im Jahre 2003 5,3%, während die Zins-Steuer-Quote sich auf 15,6% belief. ¹²

Finanzierungsgrundlage für die öffentlichen Länderinvestitionen bildeten 2003 die noch hohen Zuweisungen vom Bund und aus dem vertikalen Finanzausgleich (16,0 Mrd. Euro) und Mittel aus den jährlichen landeseigenen Netto-Neuverschuldungen (4,6 Mrd. Euro) für 2003, von denen 8,8 Mrd. Euro für Investitionen zugeteilt wurden.

Die zentralen Zuweisungen für die „Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA-Förderung) jedoch sind bereits seit 1998 stark rückläufig gewesen: sie sanken von ca. 7,5 Mrd. Euro auf 3,5 Mrd. Euro für 2001 und weiter auf 2,2 Mrd. Euro bis 2003 ab, darunter für den Infrastrukturbereich von 1,4 Mrd. Euro für 1998 über 0,7 für 2001 weiter auf 0,6 Mrd. Euro bis 2003. ¹³ Dies entspricht z. B. wiederholten öffentlichen Forderungen zur mittelfristigen Abschaffung dieser GA-Förderung.

Für die Zeit nach 2006 muss mit einem „geradezu dramatischen Rückgang der Einnahmen von Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland gerechnet werden“ wie das IWH aus den relevanten Daten ableitet: Degression der jährlichen Mittel des Solidarpakts II (Korb 1) und Verringerung der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich infolge der Reduktion der Einwohnerzahlen Ost. ¹⁴ Der daraus ebenso dramatisch anwachsende Druck auf die Ausgabenreduzierung der öffentlichen Haushalte bie-

tet die absehbar schlechtesten Voraussetzungen für eine langfristig erreichbare defizitfreie Haushaltsführung Ost.

2. Rückblick auf den Streit um eine strategische Neuorientierung für den „Aufbau Ost“ (¹)

Die öffentliche Diskussion war seit der ersten Aprilwoche durch eindringliche kritische Verlautbarungen aus einem regierungsoffiziellen „Gesprächskreis“ – bekannt als „Gruppe mit Klaus v. Dohnanyi“ – in dramatischer Weise angefacht. Im Folgenden kann nur auf ausgewählte Argumente aus dem v. Dohnanyi-Arbeitskreis und dessen öffentlichem Widerhall näher eingegangen werden.

2.1 Zum Solidarpakt II

Ausgangspunkt der Vorschläge bildet das finanzielle Fördervolumen im Solidarpakt II von 156 Mrd. Euro vor allem für die Infrastruktur Ost bis 2019. Diese Summe wird als feststehend angesehen. Überlegungen, sie kritisch neu zu verhandeln, werden ausgeklammert. Das gilt sowohl gegenüber Forderungen, sie im Rahmen der Sparpolitik oder als Konsequenz aus der von mehreren Politikern geübten Kritik an den Finanztransfers, zu senken, als auch gegenüber der eigentlich notwendigen Erhöhung der Gesamtmittel für ein zukunftsorientiertes Innovations- und Investitionsprogramm Ost. Damit wird implizit auch der derzeitige fiskalische Zwangsrahmen der gesamtstaatlichen Konsolidierungspolitik hingenommen, aus dem offensichtlich auch künftig kein höherer bzw. zusätzlicher Investitionsimpuls für die neuen Bundesländer erwartet werden soll.

Als Konsequenz aus der Investitionsschwäche wird im Papier nur gefordert, die Verwendung bisher fest zugesagter Fördermittel für den Infrastrukturbereich im Solidarpakt II (105 Mrd. Euro, „Korb 1“) kritisch zu überprüfen und deren erkennbar nicht optimale Zweckbestimmung zu korrigieren, d.h. die Verwendungsstruktur zu ändern. Dies soll durch die Verlagerung des staatlichen Förderschwerpunktes „von der Infrastruktur weg“ und „hin zur gezielten industriellen Expansion“ erfolgen. Das soll mit einer stärkeren Konzentration der verfügbaren Mittel auf Schwerpunkte – Cluster, Wachstumskerne – erfolgen, mit der zwangsläufigen Konsequenz, dass die nicht zu den Clustern und Wachstumskernen zählenden Gebiete wesentlich weniger Mittel erhalten als bisher.

Diese Umstrukturierung der Ostförderung wird im zitierten Papier sowohl unter regionalen als auch auf Förderobjekte bezogenen Aspekten vorgeschlagen bzw. eingefordert. Dabei wird unterstellt, dass eine derartige Korrektur zu Ergebnissen von höherer Effektivität und auch höherem BIP-Wachstum führen würde. Kritisch muss auch daran erinnert werden, dass ein bedeutender Teil der Mittel des Solidarpaktes II (51,3 Mrd. Euro) ab 2005 nach jährlicher Kassenlage des Bundes gewährt werden kann („Korb 2“) und ohnehin jährlich neu verhandelt werden muss.

Überlegungen zur erforderlichen Höhe der zusätzlichen Mobilisierung von privaten industriellen Investitionsvolumina, um den „Aufschwung Ost“ hinreichend forciert fortzuführen, sind im Papier nicht enthalten, ebenso wie Vorstellungen, welches Ziel in der Annäherung der BIP-Leistung je

¹) Nach der Internet-Verlautbarung zum „Aufbau Ost“ seitens der Memorandum-Gruppe (Bremen) vom 26.4.04

Einwohner Ost an West (gegenwärtig rund 63%, ohne Berlin) im Zeitraum bis etwa 2020 erreicht werden sollte.

2.2 Zum Problem regionaler Konzentration („Cluster“-Finanzierung)

Strittig ist aus föderaler Sicht der ostdeutschen Länder der Vorschlag, die ostregionale Schwerpunktbildung auf wenige subregionale „industrielle Cluster“ zu konzentrieren und dabei eine zentralisierte begleitende und koordinierende Kontrolle einzuführen. Die Folge einer starken Erhöhung der Mittel für die „Cluster“-Förderung unter der Prämisse, die Gesamtmittel nicht zu erhöhen, wäre eine komplementäre deutliche Verminderung oder ein Wegfall der „Flächenförderung“, was dann natürlich ambivalente Interessen auf kommunaler Ebene berühren muss. Selbst für ausstehende Kompromisslösungen bei einer künftigen Mittelaufteilung zwischen der Förderung von „Clustern“ und „der Fläche“ müsste noch hinterfragt werden, ob dann beide Teilziele überhaupt erreichbar wären. Hierbei dürfte sich letztlich die Bindung an die Obergrenze der Solidarpakt-II-Finanzmittel als Hemmschuh erweisen: Die investiven Transfers müssten generell noch ansteigen. Würde jedoch gegen eine hinlängliche zweckgebundene Förderung auch der kommunalen Entwicklung Ost entschieden, dann wird mittel- und längerfristig die Verödung der regionalen „Flächeninfrastruktur“ noch mehr forciert.

2.3 Zur „Sonderwirtschaftszone Ost“

Die früheren Vorstellungen zur Änderung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Sinne einer ostdeutschen „Sonderwirtschaftszone“ sind wiederum in dem Papier vorgetragen worden. In der EU-Zentrale in Brüssel gab es bisher keine Tolerierung solcher Vorstellungen, die einem angestrebten einheitlichen Wettbewerbsraum zuwiderlaufen. Zwar sind die aus deutscher Sichtweise für eine „Sonderwirtschaftszone“ gegebenen Begründungen insgesamt gewichtig, wenn auch nicht ausgewogen. Bisher fehlt z. B. jede Einschätzung zu den Konsequenzen aus den Sonderbedingungen, beispielsweise zu den fiskalischen Konsequenzen aus der Gewährung von Steuerpräferenzen, die zu Minderungen und Strukturverschiebungen bei den öffentlichen Haushaltseinnahmen der Gebietskörperschaften führen würden. Diese würde wiederum die Bereitstellung zusätzlicher Mittel des Bundes erfordern. Absehbar sind daher massivste fiskalische Widerstände gegen diesen Lösungsweg zumindest aus Sicht des Bundes.

Kritisch zu einer „Sonderwirtschaftszone Ost“, in der mit Deregulierungen und ausgeweiteten Niedriglohnbereichen sowie höheren Arbeitszeiten auch typisch neoliberale Prämissen und Forderungen durchgesetzt werden sollen, ist auch folgendes zu bemerken:

Dies würde einerseits die Wirkung einschließen, dass Ostdeutschland endgültig zum Experimentierfeld für generell verminderte Sozialleistungen in Deutschland, für territorial geschlossene Niedriglohnbereiche und zur Deregulierung des Arbeitsmarkts, zur weiteren Erosion der Tarifautonomie wird – und damit zum Einfallstor für eine weitere soziale Deregulierung in der ganzen Bundesrepublik gerät. Hieran besteht ein direktes Interesse der Unternehmerverbände. Soweit es sich andererseits um den Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere für Investitionen und um ökonomisch günstige Teilregelungen handelt, die nicht zu Lasten demokratischer Rechte sowie sozialer und ökologi-

scher Standards gehen, sind auch effektivere Regelungen zu wünschen. Dies gilt auch für flexible und erleichternde Regelungen für den ostdeutschen Kredit- und Finanzsektor sowie für die noch bestehenden DDR-„Altschulden“, die häufig zu hohen nicht begründeten Belastungen insbesondere für landwirtschaftliche Genossenschaften und Wohnungsgesellschaften führen. An Lösungen für solche Probleme besteht ein spezielles ostdeutsches Interesse.

Insgesamt dürften die negativen Seiten einer „Sonderwirtschaftszone Ost“ hinsichtlich bestehender Sozialstandards und „einheitlicher Lebensverhältnisse“ deutlich überwiegen. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht sind die Risiken einer umfassenden oder totalen *Deregulierung* von Lohnfindung und Arbeitszeitregelungen als unververtretbare Implikationen strikt abzulehnen.

Im Sommer ist v. Dohnanyi mit dem „wegweisenden“ konkreten Vorschlag vorgestoßen, in der ostdeutschen Wirtschaftsregion die Wochenarbeitszeit auf 40 bis 42 Stunden „zumutbar“ zu verlängern, natürlich ohne Mehrlohn zu zahlen. Die Frage ist, ob es Märkte für die so erzeugte Mehrproduktion gibt, die bei gleicher Stundenproduktivität entstehen muss, oder aber ob die mögliche Steigerung der Produktivität durch einen *Abbau von Stellen* wieder ausgeglichen werden wird. Letzteres erhöht die Renditen, jedoch würden sich dann die verbleibende Massenkaukraft der Beschäftigten (und damit die Marktrealisation) noch weiter abmindern. Außerdem abstrahiert der Vorschlag zur Verlängerung der Arbeitszeit völlig von der kritischen Situation der Abwanderung aus Ostdeutschland, die sich dann zweifellos noch dramatischer entwickeln würde, wenn auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt durchschnittlich 5 bis 7 Stunden länger je Woche gearbeitet würde als z. Z. im Westen.

2.4 Zum „Marktversagen“ in Ostdeutschland

Für den neoliberalen „Mainstream“ peinlich sind die kritischen Bemerkungen im v. Dohnanyi-Papier zum Versagen der „Marktregulierung“ von industriellen Ansiedlungen im Osten. Im Grunde wird hier ein deutliches „Marktversagen“ konstatiert, das immer noch als Folge der erheblich ungleichen Wettbewerbsbedingungen zwischen ost- und westdeutschen Industrieunternehmen existiert und sich vor allem in der Eigenkapitalschwäche und in geringeren ostregionalen Renditen ausdrückt. Der Ruf nach einer gezielten Strukturpolitik zur Re-Industrialisierung der ostdeutschen Regionalwirtschaft ist berechtigt. Daraus ergeben sich auch Vorschläge zum effektiveren Einsatz der Fördermittel, zur stärkeren Zentralisation von zugehörigen Förderzielen, zur Überwindung der Zersplitterung der Förderinstrumente sowie zur Rationalisierung von administrativen Entscheidungsprozessen.

Absehbar werden sich jene Ökonomen hierzu melden, die in der Durchsetzung einer renditeorientierten Marktregulierung den alleinigen zulässigen Lösungsweg sehen, wobei sie über einen drohenden „Rückfall in administrierte Planwirtschaft“ lamentieren. Tatsächlich aber bildet eine aktive regional koordinierte Strukturpolitik das wirksamere Mittel, um gegen ungleichwertige oder ungleichgewichtige Konkurrenz- und oft westlich monopolisierte Binnenmarktbedingungen in Ostdeutschland echte Erfolge auch in der Re-Industrialisierung zu erzielen.

2.5 Zu Folgen der „Abkopplung Ost“

Überraschend für das politische Establishment dürften die massiven Argumente wirken, die im Papier vor den dramatischen Konsequenzen einer weiteren Abkopplung der deutschen Ost- von den Westregionen warnen. Hier werden Aspekte verdeutlicht, die in der Konsequenz dazu führen, dass die staatlichen Transfers künftig noch ansteigen könnten – zumindest im Sozialbereich.

Die Ost-West-Angleichung im BIP je Einwohner stagniert seit Mitte der neunziger Jahre. Die Auswirkungen sind langfristig dramatisch und müssten von der Politik endlich zu Konsequenzen für die Wirtschaftsstrategie geführt werden. Der Widerspruch zwischen der gegenwärtigen Sparpolitik, die vor allem zu Lasten der Sozialleistungen und der öffentlichen Investitionen geht, und der notwendigen neuen Investitionsoffensive Ost ist nach der Auffassung *kritisch-alternativer* Ökonomen aber nur durch eine zielstrebige Struktur- und Regionalpolitik mit Einsatz hinreichender staatlicher und privater Finanzressourcen lösbar.

Das Papier hat eine starke und zugleich sehr widersprüchliche öffentliche Wirkung hervorgerufen. Einerseits bricht es mit den opportunistischen Tabu-Positionen jener Politiker aller Bundestagsfraktionen, die bisher den „Aufbau Ost“ durch die Brille erfolgreicher, wenn auch zögerlicher Entwicklungen sahen, und die realen Probleme verschwiegen oder ignoriert haben. Die Fakten des bisher verfestigten Rückstandes Ost-West sprechen jedoch inzwischen eine unüberhörbare Sprache – das Tabu „**ostdeutscher Mezzogiorno**“ (Werner Sinn, ifo-München) ist gebrochen. Andererseits wird mit dem Papier die absurde Diskussion, der „Osten zieht den Westen runter“ oder „Aufbau Ost lähmt das Land“ sowie eine sich darauf stützende Forderung nach weiteren Kürzungen der West-Ost-Transfers gefördert.

So wird es noch wahrscheinlicher, dass folgende Voraussage auch eintritt: „So wird Ostdeutschland auch künftig auf die Transfers aus dem Westen angewiesen sein und weit hinter den führenden Regionen Europas zurückbleiben.“ (U. Busch, „Freitag“ Nr. 17/2004)

3. Zur aktuellen Transfer-Debatte

Es gibt neuerdings nur wenige Vertreter aus der tonangebenden Elite, die nicht die Höhe der West-Ost-Transfers als „niederdrückende Last“ für die westdeutsche Wirtschaft medienwirksam ausbeuten, um die derzeitige westdeutsche Wachstumsstagnation zu „begründen“. Ohne eine Entkräftung dieser demagogischen Suggestion besteht eigentlich keine Chance für eine wirksame Alternative zur offiziellen Wirtschaftspolitik.

Der Anteil des Netto-Transfers am gesamtdeutschen BIP beträgt 2003 3,76%. Nun wird argumentiert, dass die *relative* Netto-Transferleistung höher sei als der BIP-Jahreszuwachs und von daher eine „Auszehrung“ erfolge.¹⁵ Aber ein solcher Vergleich ist nicht sachgerecht.

Der logische Fehler liegt hier in der Vorstellung, dass die Netto-Transfers überhaupt nur aus dem jährlichen *Zuwachs* des Bruttoinlandprodukts (BIP), speziell aus dem jährlichen Zuwachs des Volkseinkommens, bestritten werden müssen. Anderenfalls sei eine „Auszehrung“ gegeben. Das ist aber eine falsche Annahme: die Netto-Transfers vermindern nicht das laufende Volkseinkommen,

sondern bedeuten, dass ein Bruchteil davon nach vereinbarten staatlichen Regeln bzw. Kriterien *regional* umverteilt wird.

Die Transfers fallen nicht aus dem Wirtschaftskreislauf heraus (wie der Abfluss von Geldvermögen ins Ausland), sondern fließen in den Kreislauf einer erweiterten gesamtdeutschen Ökonomie und realisieren deren Bruttoinlandsprodukt als marktgerechte Endverwendung. Oder anders formuliert: der Realtransfer von Waren und Dienstleistungen von West nach Ost setzt den Finanztransfer voraus – und umgekehrt. Dabei gilt es zu beachten: Die Höhe der gesamtdeutschen Netto-Investitionsrate ist *keine* Funktion der staatlichen Transferhöhe, denn diese folgt überwiegend auch privatwirtschaftlichen Investitionskalkülen auf dem Hintergrund wachsender Liquidität und Finanzreserven von Unternehmen.

Auch das Bild von der „Auszehrung der Kernkräfte“ West durch Ost ist unlogisch. Von „Auszehrung“ kann man in der Ökonomie eigentlich erst sprechen, wenn sich die *Substanz* des vorhandenen Sachvermögens verringert und dies zur Minderung der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten führt. Die Periode seit der Vereinigung ist aber ganz normal durch eine solche Höhe der jährlichen Bruttoinvestitionen gekennzeichnet, die stets über den Abschreibungen lag, d.h. es gab immer jährlich bedeutende Netto-Investitionen. Darüber hinaus sind enorme jährliche Zuwächse des reinen privaten Geldvermögens in Deutschland erzielt worden. Insofern ist der Ausdruck „Auszehrung der Kernkräfte“ ganz einfach eine demagogische Floskel.

Es ist unter makroökonomischen Aspekten, vom Standpunkt der Kreislauftheorie *unzweifelhaft*, dass die Netto-Transfers West-Ost mit investiver und konsumtiver Endverwendung im Osten zur Realisierung jener Warenströme führen, die nach der erfolgten westdeutschen Markteroberung zur ständigen Belieferung nach dem Osten fließen. Damit schließt sich der westdeutsche Warenkapitalkreislauf, einschließlich der in den Waren enthaltenen Profite, in ganz normaler Weise über den ostdeutschen Binnenmarkt. D. h. die transferierten Gelder fließen zum größten Teil als Erlöse nach dem Westen zurück und gehen folglich den westdeutschen Unternehmen nicht verloren. Sie bilden vielmehr eine integrale Funktion für den gesamtdeutschen Kapitalkreislauf. Sie verstärken die Umverteilung öffentlicher Mittel (Steuern) zu Gunsten privater Gewinne.

Obwohl dies kaum ernsthaft bestritten werden kann, sind jedoch manche Ökonomen nicht bereit, hieraus logische Konsequenzen zu ziehen und suggerieren eine starke, das Wachstum mindernde Transfer-Belastung für Westdeutschlands Wirtschaft und seine Bürger als Steuerzahler. Dabei setzen sie eine fiskalische Ausgabenbelastung der öffentlichen Haushalte in Höhe der Transfers mit einer volkswirtschaftlichen Leistungsminderung gleich, ohne hierfür einen makroökonomisch stichhaltigen Beweis zu erbringen. Eine integrative Wirkung bzw. Rückkopplung positiver ostdeutscher Wachstumsraten, möglicherweise höherer als in Westdeutschland, wird ohnehin ignoriert.

Das DIW stellte 2000 fest, dass die Transfers eine anhaltend positive Rückwirkung auf die *Höhe* des westdeutschen Sozialprodukts von plus 6 bis 7% im Jahr haben.¹⁶ Unter Beachtung der volkswirtschaftlichen Abgabenquote am BIP von durchschnittlich 40% resultierten daraus jährlich hohe *Mehreinnahmen* für die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland in den zurück liegenden Jahren. Eine Beispielrechnung allein für das Jahr 1995 ergibt einen Mehrbetrag von 42,1 Mrd. Euro.¹⁷

Das IW Köln schätze bereits zuvor den zusätzlichen Anstieg des westdeutschen Bruttosozialprodukts bis zum Jahresergebnis für 2000 auf real 145 Mrd. Euro und den daraus *direkt* anfallenden Teil der Steuermehreinnahmen auf ca. 40 Mrd. Euro ¹⁸ Berücksichtigt man die aus der in Westdeutschland verminderten Arbeitslosigkeit erzielten Minderausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung), so kommen gemäß IW Köln noch weitere 54 Mrd. Euro zusätzliches Selbst-Finanzierungspotential für die Transfers in Westdeutschland hinzu. Damit belaufen sich diese westdeutschen Finanzvorteile aus dem Vereinigungsboom auf ca. 94 Mrd. Euro pro Jahr und erreichen damit vergleichsweise die Höhe der effektiven Netto-Transfers West-Ost zum Zeitpunkt der IWK-Analyse (falls nicht übertrieben zu hoch!).

Nach einer makroökonomischen *Simulation* des IWH hat der nachhaltige BIP-Zuwachs aus dem Vereinigungsboom in Westdeutschland hochgradig den West-Ost-Nettotransfer kompensiert und sogar überschritten. „Der ‚Vereinigungsgewinn‘ übersteigt die Transferzahlungen, die Westdeutschland zugunsten Ostdeutschland leistet (Größenordnung 150 Mrd. DM)“, fasste das IWH die Simulationsergebnisse im Jahre 1996 zusammen. ¹⁹

Diese zusätzliche westdeutsche Bruttowertschöpfung „entspricht in etwa der Summe der im gleichen Zeitraum von West- an Ostdeutschland geleisteten Nettotransferzahlungen“ ²⁰ (Dies gilt aber nur für den Teil des zusätzlichen BIP, der durch Steuern und Abgaben umverteilt wird.)

Dies zeigt: Ostdeutschland hängt zwar einerseits „am Tropf der Transfers West-Ost“, aber andererseits hängt das vom „Vereinigungsgewinn“ dauerhaft gestiegene BIP-*Niveau* West infolge der Integration des ostdeutschen Marktes, dem andauernden Lieferüberschuss von West nach Ost und den darauf beruhenden Transfers *gleichermaßen* am finanziellen Rücklauf aus diesen Transfers – der Vorteil ist also, vordergründig gesehen, beiderseitig und insofern „gesamtdeutsch“. Die verdeckte Ambivalenz besteht darin, dass die Transfers *als Folge der westdeutschen Marktdominanz* unter dem Aspekt der nunmehr erforderlichen Markterweiterung für originär *ostdeutsche* Lieferanten regionalökonomisch als eine relative „Fessel“ wirken.

Die westdeutsche Wirtschaft kann ihren zusätzlichen ostdeutschen Absatzmarkt mit seinem hohen Transfer-Einkommen nicht schlagartig entbehren, ohne in eine Absatzkrise zu gelangen. **Von den westdeutschen Unternehmerverbänden kommt folglich keine eindringliche Forderung, die staatlichen Netto-Transfers zu eliminieren.** Insofern sind sie auch nicht daran interessiert, deren Grundlage – die noch bestehende große „Produktionslücke“ (Differenz von Endverwendung und BIP für Ostdeutschland) in Höhe von derzeit 68,8 Mrd. Euro oder ca.30% des ostdeutschen BIP ²¹ – rasch zu schließen.

Entgegen einseitigen und verzerrten Darstellungen über die Wirkungen der West-Ost-Finanztransfers ist hervorzuheben: Die ca. 80 Mrd. € Nettotransfers entsprechen derzeit rund 4% des westdeutschen BIP, aber 22% der ostdeutschen Nachfrage. Der Anteil der aktuellen Nettofinanztransfers an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik, einschließlich der Sozialversicherungen, wird 2003 bei rund 8,5% liegen. Nach IWH-Angaben betragen die wirklichen „Sonderleistungen“ für Ostdeutschland 13% der Bruttotransfers oder z. Z. 15 Mrd. Euro im Jahr. ²²

Der größte Teil der Transferleistungen beruht auf einheitlichen gesamtdeutschen Regelungen entsprechend Art.72, 2 GG. Sowie auf der gesamtdeutschen Sozialunion. Sie könnten *ohne* negative

Folgen im Sozialbereich nur soweit verringert werden wie die Ost-West-Kluft abnimmt, d.h. wie das West-Ost Niveaugefälle in der Wirtschaftsleistung je Einwohner und in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität sich verringert und die mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Die immer wieder erhobene Forderung nach einer Reduzierung der Finanztransfers kann „nach bisheriger Gesetzeslage“ nur jenen *disponiblen* Teil betreffen, der vorwiegend für Investitionen eingesetzt wird. Dieser aber macht *weniger als ein Fünftel* des Gesamtumfanges aus.

Das zwangsläufige Resultat einer Verringerung der direkt investiven Transfers wäre, dass die in Ostdeutschland realisierten Investitionen, die in den letzten Jahren schon beträchtlich zurückgegangen sind, auf ein Niveau zusammenschrumpfen würden, das einen Rückgang der gesamten ostdeutschen Wirtschaftsleistung hervorrufen könnte. Die Anlageinvestitionen in den neuen Ländern (in Preisen von 1995) sind seit ihrem höchsten Stand 1995 von 99,3 Mrd. € auf 63,9 Mrd. € 2002 zurückgegangen.²³

Die Folge einer Fortführung oder gar Verstärkung dieser Abwärtstrends wäre, dass die Finanztransfers für Sozialleistungen und zum Ausgleich der unzureichenden Steuereinnahmen der ostdeutschen Länder und Kommunen ansteigen und auf einem hohen Niveau ohne absehbares zeitliches Ende weitergeführt werden müssten. D. h. eine kurzfristige Einsparung öffentlicher Mittel würde zu einer langfristig weit höheren und nachhaltigen Belastung der öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik insgesamt und der westdeutschen Länder führen.

Das gesamtdeutsche Interesse besteht also darin, die investiven Transferleistungen zunächst zweckgebunden zu erhöhen und ihre sachgerechte Verwendung abzusichern. Dies darf aber nicht einseitig zu Lasten der Wirtschaftsförderung „in der Fläche“ erfolgen, weil es dort ebenfalls selektiv dringlichen Investitionsbedarf gibt, der zur Erhaltung der subregionalen „Lebensqualität Ost“ wesentlich beiträgt.

Die folgende Wahrheit wurde in letzter Zeit bestätigt: „Alle finanzwirtschaftlichen Kennzahlen belegen, dass die ostdeutschen Bundesländer ohne Zuwendungen vom Bund und von den westdeutschen Bundesländern in ihrer heutigen Form nicht lebensfähig wären.“²⁴ Dem sollte *alternative* Wirtschaftspolitik weiterhin Beachtung schenken.

4. Objektive Entwicklungspfade und Aufholchancen Ost/West

Ökonomisch wird das Wachstum Ost durch eine angestrebte, bisher aber unerreichte „selbst tragende“ Qualität“ (d.h. bei dafür hinreichender regional-spezifischer Gewinnbildung *und* steuerlicher Eigenfinanzierung) auf einen stetigen Angleichungspfad geführt. Nach 15 Jahren Vereinigung ist dieses Ziel weiterhin *illusionär*. Der formale Trendverlauf des Wachstums Ost zu West bestätigt dies eindeutig.

Bezogen auf Westdeutschland, kann sich der Trendverlauf des künftigen BIP-Wachstums Ost rein logisch wie folgt differenziert gestalten: er kann flacher oder steiler verlaufen, oder aber mithalten. Der Trend widerspiegelt hier die reale Wachstumsrate des BIP. Differenzierte Trends führen aber zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen in der Kennzahl „BIP je Einwohner“ im Zeitverlauf. Da sich Westdeutschland hinsichtlich der BIP-Leistung je Einwohner zeitgleich fortentwickelt, entsteht die

Frage, ob (und wann) diese westdeutsche Kennzahl durch die ostdeutsche Region hinsichtlich der absoluten Größe „BIP je Einwohner“ erreicht wird, oder aber ob sie unerreichbar bleibt.

Die formalen gesonderten Trend-Wachstumsraten Ost zu West bilden mithin eine funktionale Relation, die sich im Koordinatenkreuz als zwei Linien darstellen lassen. Jedes Trendpaar grenzt einen objektiven Entwicklungspfad ein mit zeitlich unterschiedlichen Ergebnissen. Haben die Linien einen gemeinsamen Schnittpunkt auf der Zeitachse, dann ist dies der hypothetische Zeitpunkt der Niveauangleichung Ost an West. Die hierfür geltenden ökonomischen Faktoren sollen jetzt näher betrachtet werden.

(1) Als derzeit *realitätsfern* ist jener Entwicklungspfad zu werten, der eine länger währende und hinreichend hoch überflügelnde BIP-Wachstumsrate *je Kopf* im Osten gegenüber dem Westen im Verlauf von *echtem Aufholen* voraussetzt. Dies wäre an einen ebensolchen überflügelnden privaten Investitionszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und die zugehörige profitable Markterweiterung gebunden. Dabei gilt: Je höher die positive Differenz in der BIP-Wachstumsrate je Kopf im Osten, umso früher würde das Ziel des Aufholens erreicht werden. Passive Sanierung durch andauernden weiteren Bevölkerungsverlust scheidet als hierfür allein hinreichender Effekt aus der Betrachtung aus.

Das Kriterium des *überflügelnden* Wachstums Ost ist unter spontaner Marktregulierung nicht zu erreichen, weil die ostdeutsche Unterentwicklungsregion keine politisch gewollten Präferenzen für die weitere erforderliche Industrieansiedlung anbieten kann bzw. sich die künftige externe Investitionsneigung ins Verarbeitende Gewerbe Ost nicht deutlich erhöht. Derzeit sind weitaus günstigere Marktanreize für den westdeutschen Kapitalexpert ins Ausland wirksam.

Es zeichnen sich in der zu erwartenden Politik der Bundesregierung keine Tendenzen ab, die einen tatsächlichen Aufholprozess zum *nationalen Schwerpunkt* avancieren lassen. Damit entfällt auch die Chance, dass in Ostdeutschland die produktivitätsbedingte Freisetzung von Arbeitskräften im Verarbeitenden Gewerbe absehbar durch massive externe *private* Erweiterungsinvestitionen kompensiert und so übertroffen werden könnte, dass zusätzliche Vollarbeitsplätze entstehen – eine zwingende Vorbedingung für einen höheren industriellen Beschäftigungsgrad und steigendes Arbeitspotential in diesem ostregionalen Bereich.

Damit sinken auch alle Chancen, die *unterproportionale* Quote des eigenen wirtschaftlichen Steueraufkommens der ostdeutschen Länder hinreichend zu normalisieren oder anzugleichen. Als Folge bleibt die dramatische essentielle Schwäche beim Abbau der ostregionalen Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Es droht eine chronische Neuverschuldung oder eine radikale „Abmagerungskur“ der öffentlichen Haushalte in jenen Bundesländern, die den Anschluss an die erforderliche Eigenfinanzierung unter den künftigen erschwerten Marktbedingungen und verminderten EU-Finanzierungstransfers nicht schaffen können.

(2) Bei einem mit Westdeutschland bestenfalls „*mithaltenden*“ relativen BIP-Wachstum je Kopf wird sich dagegen ein Entwicklungspfad einstellen, dessen linearer Verlauf den westdeutschen absehbar nicht schneiden kann, weil annähernde Parallelität entsteht. Dieser Verlauf zeigt aber, dass die Rückstände in der Wertschöpfung und im Lohn- und Transfereinkommen Ost zu West überhaupt

nicht aufholbar wären. Hier tritt sogar der Fall ein, dass die absolute Differenz im BIP je Kopf von West zu Ost noch zunimmt, wenn die Prozentsätze des BIP-Wachstums gleich bleiben. Insofern verfehlt der zutreffende Ausspruch, „ohne westdeutsche Konjunktur keine ostdeutsche“, das eigentliche Kernproblem.

Auch dieser „mithaltende“ Entwicklungspfad Ost ist davon abhängig, dass ein westdeutscher Konjunkturauftrieb die ostdeutsche Entwicklung annähernd durch die innerdeutsche Markt- und Leistungsverflechtung *mitzieht und die Qualität „selbst tragendes Wachstum“ sich entwickeln kann*. Erreicht dieser mithaltende Konjunkturaufschwung Ost die hierfür erforderliche statistische „Schwelle“ in Höhe von ca. 2,2% BIP-Wachstum, entsteht voraussichtlich eine zusätzliche Beschäftigung durch neue ostdeutsche Produktionspotenziale – sofern hierfür die Marktanteile in Konkurrenz gewonnen werden können.

Dieser „mithaltende“ Entwicklungspfad ist sicherlich objektiv wahrscheinlicher als ein „überflügelnder“, aber er *schließt ebenfalls aus*, dass es einen weiteren echten Aufholprozess in der BIP-Leistung gibt. Die Folge würde sein, dass die regionalen Strukturunterschiede zu Westdeutschland im Industriebereich und im hiervon abhängigen Dienstleistungsbereich sich nicht hinreichend verringern. Die immer noch zu hohe „Produktionslücke“ Ost zu West, die zu den fiskalischen Transfers führt, würde sich nicht ausreichend schließen lassen, weil dazu die reale ökonomische Dynamik nicht ausreicht.

Dieser „realistischere“ Zukunftspfad setzt ebenfalls voraus, dass es zumindest einen ausreichenden kontinuierlichen privatwirtschaftlichen Investitionsstrom im Verarbeitenden Gewerbe Ost gibt, der die erforderlichen Zuwachsraten im BIP je Kopf absichert – und zwar aus externen *und* internen Quellen. Dies allein ist ohne dafür hinreichende staatliche Fördermittelzufuhr und auch ausreichende *externe* private Investitionsneigung nicht möglich. Es entsteht dann die Konsequenz nach der hinreichenden staatlichen Förderpolitik sowie einer dafür hinlänglichen Anreizbildung für externe Investoren und nach den zu erwartenden künftigen Renditen oder Profiten bei notwendigen höheren Marktanteilen.

Treten die erforderlichen Determinanten in diesem Sinne nicht ein, ist ein strukturelles Zurückbleiben der Ostregion wahrscheinlich. Die negativen Folgen für die zukünftige Beschäftigungsentwicklung und die öffentliche Haushaltsslage werden absehbar.

(3) Unter den gegenwärtigen oder noch ungünstigeren Voraussetzungen (auch seitens der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen) ist jedoch auf Dauer sicher, dass die ostdeutschen Raten im BIP-Wachstum je Kopf relativ und absolut *mehr oder weniger* deutlich zurückbleiben werden. „Die Angleichung, die bisher nicht erreicht wurde, kann in den kommenden Dekaden schwerlich nachgeholt werden. Im Gegenteil: der Abstand zwischen West und Ost wird sich demografisch bedingt sogar noch vergrößern“, heißt es im aktuellen Gutachten der Deutschen Bank Research.²⁵

Die formale Funktion des Wachstumstrends Ost verläuft dann stets unterhalb des westdeutschen mit sich vergrößerndem Abstand, der keinen zukünftigen „Schnittpunkt der Linien“ zeigen würde. Das „selbst tragende Wachstum“ der ostdeutschen Region kann nicht eintreten. Hauptkriterium hierfür

bildet das Zurückbleiben der Investitionshöhe je Beschäftigten im Wertschöpfungsbereich, insbesondere in der Industrie.

Es kommt dann zur Differenzierung der Subregionen in Ostdeutschland, die charakteristisch für die neoliberal intendierte Strukturdrift zur relativen Armutszone ist, welche einem Mezzogiorno in Deutschland entspricht. Dies gilt selbst für den Fall, dass sich die wenigen „Cluster des innovativen Wachstums“ in den neuen Bundesländern behaupten können.²⁶

Die restriktiven Forderungen der öffentlichen Haushaltspolitik tragen dann dazu bei, dass sich die verfügbaren Landesmittel für eigene Investitionen und/oder für Zuweisungen an die finanziell schwachen Kommunen nicht mehr erhöhen können, sondern rückläufig werden, mit der Konsequenz der zunehmenden investiven Verödung „in der Fläche“ der kommunalen Infrastruktur und der gewünschten bzw. erforderlichen weiteren Gewerbeansiedlungen.

Gleichzeitig ist dieser „ungünstige“ Entwicklungspfad begleitet von einer drohend anhaltenden oder zunehmenden Abwanderung der relativ „überschüssigen“ Altersgruppen im Erwerbsleben. Tritt man erst in eine gewisse Schwelle der territorialen Verödung ein, dann erfolgt eine sich selbst verstärkende Eskalation: so entsteht eine „abgehängte Landschaft“, geprägt von Alten und Verarmenden mit kümmerlicher Lebensqualität.

(4) Die vorstehend skizzierten *drei* möglichen „Entwicklungspfade Ost“ liegen bezogen auf die besonderen Wachstumsraten eng beieinander. Sie stellen sich jeweils logisch alternativ bei schon geringen graduellen Unterschieden zur westdeutschen Wachstumsrate ein. In der Toleranzbreite von lediglich +2 bis -2% als *Differenzpunkte* (im Vergleich mit dem BIP/Kopf-Wachstum in Westdeutschland) prägen sich diese Entwicklungspfade aus und bestimmen das ökonomische Schicksal der ostdeutschen Region im kommenden Langzeitraum (ca. 15 Jahre voraus). Die Bundesregierung, die hierzu ebenfalls über interne Modellrechnungen verfügt, schweigt sich allerdings aus.

(5) Von exakter „Angleichung“ als Ziel zu reden erscheint Politik und Wirtschaftsforschung gegenwärtig fast wie eine Blasphemie, denn das Wort wird streng vermieden. *Jan Priewe*, gewiss kein neoliberaler Wirtschaftsprofessor, erklärte im Februar 2004 in nüchternen Worten: „Ostdeutschland ist nicht auf der Kippe, es ist auf diesen niedrigen Niveaupfad ‚gekippt‘ und wird hier mit hoher Sicherheit auf lange Sicht verharren.“²⁷

Tabelle 4: BIP-Leistung nach Bundesländern, Ost und West-BIP-Leistung je Kopf der Bundesländer 2003 (in Mio. Euro, real)

Land	BIP-Leistung in Mio.	Einwohner BIP je Kopf in Tsd.	in Tsd. Euro
Baden-Würt.	291204	10693	27,23
Bayern	347833	12423	27,99
Bremen	21633	663	32,63
Hamburg	70845	1743	40,65
Hessen	185016	6089	30,38
Niedersachsen	170227	7993	21,29
NRW	436280	18080	24,13
Rheinl.-Pf.	86902	4059	21,41
Saarland	24445	1061	23,03
Schleswig-H.	62010	2823	21,96
West-D.	1696395	65627	25,85
Berlin	70927	3388	20,93
Brandenburg	41856	2575	16,25
Meck. Vorp.	27518	1732	15,88
Sachsen	71683	4321	16,59
Sach.-Anhalt	40822	2523	16,18
Thüringen	38500	2373	16,22
Ostd. O. Berl.	220379	13524	16,29
Ostd. M. Berl.	291306	16912	17,22
Deutschl.	1987700	82532	24,08

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach Angaben von Destatis, Sept. 2004

Natürlich steht nicht in Frage, dass die Ostdeutschen jenen Entwicklungspfad *alternativ* wählen würden, der die optimalen Ergebnisse für die Einhaltung des Verfassungsauftrags zur „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in den neuen Ländern ermöglicht – allerdings steht dies nicht zur subjektiven Auswahl. Der Kampf gegen die einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und die makroökonomisch sinnwidrige Politik zur Durchsetzung der EWU-Defizitkriterien *um den Preis der Stagnation* ist erst noch in Deutschland zu gewinnen, ehe ein ostregionaler Entwicklungspfad – begünstigt durch die Wirtschaftspolitik – rascher aufwärts führen könnte und das ferne Ziel des Aufholens im nationalen Verbund quantitativ *hinreichend* erreichbarer wäre – eine schon reduzierte Erwartungshaltung.

Solch ein „hinreichendes Ziel“ gilt es als Alternative *realistischer* zu interpretieren: Für eine große territoriale ostdeutsche Unterentwicklungsregion, deren wirtschaftliche Leistung im Durchschnitt derzeit kaum *zwei Drittel* der westdeutschen Vergleichsregion erreicht, wäre es ein historisch hinreichendes Ziel, in den statistischen „Streuungsbereich“ von westdeutschen BIP-Länderleistungen je Kopf um deren Durchschnitt zu gelangen. Praktisch wäre dies erreicht, wenn der ostdeutsche Leistungsdurchschnitt im BIP/Kopf das Niveau zunächst des leistungsschwächsten westdeutschen Landes einstellen oder auch übertreffen würde. (Tabelle 4) Im Jahre 2003 betrug das reale BIP je Kopf in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Durchschnitt 16.290 Euro und im Vergleich hierzu im leistungs-

schwächsten westdeutschen Land Niedersachsen 21.290 Euro, d.h. der Rückstand in diesem Vergleich betrug exakt 5.000 Tsd. BIP-Euro pro Kopf.²⁸ Dieses Ziel allein erfordert künftig, den jetzt bestehenden Rückstand in der ostdeutschen BIP-Leistung je Kopf zu Westdeutschland in etwa zu halbieren. (Ebenso weit ist allerdings Niedersachsen noch vom westdeutschen Durchschnitt insgesamt entfernt.)

Für die 5 ostdeutschen Flächenländer würde dies zum *gegenwärtigen* Zeitpunkt bedeuten, das reale BIP-Volumen mindestens um 68 Mrd. Euro im Jahr zu erhöhen, d.h. einen Zuwachs von 31% und einen absoluten Stand von ca. 288 Mrd. Euro (real) zu erreichen. Jedoch ist zu beachten, dass die westdeutschen BIP-Leistungen ebenfalls weiter ansteigen und damit sehr bald „die Trauben höher hängen“.

Stellt man selbst diese „maßvoll“ erscheinende Erwartung in den Kontext der vollzogenen EU-Osterweiterung, dann muss jeder Optimismus der Ostdeutschen einer stark nüchternen Betrachtung weichen. Vor diesem Hintergrund wird es kaum möglich sein, den gestoppten Angleichungsprozess neu zu beleben und hierbei echte Fortschritte zu erzielen. Das nun weiter östlich existierende Niveaugefälle im Vergleich zu Ostdeutschland selbst kann wie ein „Klotz am Bein“ des innerdeutschen Niveauausgleichs wirken – die Billigkonkurrenz drückt vor allem auf die Kontaktregionen entlang der früheren EU-Grenze. Die deutsche Konzernpolitik stellt sich hierauf ein und lässt nichts unversucht, die *Niedrigstlohn*bereiche auch in den neuen Bundesländern massiv zu erweitern.

Mit einer weiter „rückständig“ bleibenden bzw. behinderten wirtschaftlichen Angleichung Ost an den Länderdurchschnitt West, gemessen an der BIP-Leistung je Kopf, ergeben sich zwangsläufig auch negative Wirkungen auf eine Angleichung der Löhne und Einkommen sowie auch der kommunalen Sozialleistungen, wodurch der Impuls zur Abwanderung aus der ostdeutschen Region für die Betroffenen nicht gestoppt werden könnte. Der damit gegebene Effekt einer „passiven Sanierung“ kann schon deswegen nicht als Lösung des Entwicklungsrückstandes fungieren, weil er objektiv den Unterschied zum Westen durch Westverlagerung von Humanpotenzialen erhöht und damit ein schnelleres Wachstum im Westen befördert.

Aus der *demografischen* Strukturverschiebungen resultieren für die ostdeutsche Region etwa ab 2008/2010 bereits gravierende Nachwuchsprobleme bei gut ausgebildetem Fachpersonal – also Angebotsdefizite, die oft noch vordergründig als „Hoffungsstrahl“ für den Abbau der jetzigen Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Dabei wird jedoch übersehen, dass dies die Dynamik der Wertschöpfung Ost begrenzt und damit auch die späteren potenziellen Wachstumsraten senkt. Die demografischen Strukturverschiebungen lösen nach 2020 deutliche negative Wirkungen auf die Wachstumschancen Ost aus, die den Niveauunterschied zu Westdeutschland als wichtiger Teilfaktor *im Langzeitraum* noch vergrößern müssen. Die Deutsche Bank Research unterstellt, „dass das BIP pro Kopf in Ostdeutschland bis 2020 von derzeit 64,5% auf 60% des Westniveaus sinkt (unter der Annahme gleicher Wachstumsbeiträge von Kapital und technischer Fortschritt in Ost und West).“²⁹

5. Zur Kritik am „Jahresbericht 2004 Stand der deutschen Einheit“

Trotz mancher erreichten sektoralen und auch regionalen Erfolge beim „Aufbau Ost“, die der jüngste Bericht der Bundesregierung hervorhebt, überwiegt ein Eindruck der Unzufriedenheit beim kritischen Lesen. Der Grund dafür ist in dessen generellen Mängeln zu finden:

(1) Der Bericht ist nicht frei von Schönfärberei, Weglassen grundsätzlicher Probleme und der Umkehr negativer Entwicklungen in positive Ansätze für Trendwenden. So wird versucht, das Scheitern der ökonomischen Ost-West Angleichung mit verschiedenen Tricks umzudeuten. Aus der im Rahmen statistischer Ungenauigkeiten liegenden Wachstumsdifferenz zwischen Ost und West im Jahre 2003 (+ 0,2% Ost, -0,1% West) wird eine nach mehreren Jahren wieder beginnende Tendenz zum Schließen der Schere zwischen Ost und West abgeleitet. Dabei wird der BIP-Sondereffekt der Schadensbehebung nach der Flutkatastrophe 2002 negiert. Es wird sogar die zum Zeitpunkt der Vorstellung des Berichts bekannte Tatsache einfach ignoriert, dass das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2004 in den neuen Ländern niedriger lag als in den alten, und dass auch die Prognosen für das gesamte Jahr 2004 sowie für 2005 Wachstumsdifferenzen zu Ungunsten von Ostdeutschland enthalten.

Offensichtlich im ökonomischen Kern fragwürdig ist die Feststellung des Berichts: „Das Wachstumstempo hat sich in den neuen Bundesländern ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre sogar noch beschleunigt.“ (S. 12) Grundlage für diese Aussage ist einerseits das willkürliche Aussparen des Baugewerbes bei der Berechnung des BIP, und andererseits die Wahl des Basisjahres 1991. 1992, das erste Jahr dieses Abschnitts, war jedoch durch einen Rückgang des BIP (ohne Baugewerbe) gekennzeichnet, da der Tiefpunkt des verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem letzten DDR-Jahr 1989 erst 1992 erreicht wurde. Ein Vergleich (ohne Baugewerbe), der Mindestanforderungen an eine richtige Widerspiegelung der Realität gerecht werden will, müsste daher die Zeiträume 1993-1995 und 1996-2003 gegenüberstellen. Ein solcher Vergleich führt dann auch zum entgegen gesetzten Ergebnis: ein Rückgang des durchschnittlichen Wachstums pro Jahr von 5% (1993-1995) auf 3,9% (1996-2003). Ebenso gilt, dass der reale Aufholprozess immer die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistung (BIP) umfasst, folglich ohne das Baugewerbe ein verzerrtes Gesamtbild entsteht. Durch solche statistische Akrobatik wird die eindeutige Feststellung, dass der Aufholprozess faktisch seit 1997 zum Stillstand gekommen ist, in ihr Gegenteil verwandelt. Die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten des BIP (*einschließlich* Baugewerbe) betragen 1993-1995 9% und 1996-2003 nur 1,3%.

(2) Der „Jahresbericht 2004“ bleibt bei entscheidenden Aussagen zum Aufholprozess äußerst allgemein und unverbindlich. Es wird zwar betont, dass die Bundesregierung am Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse festhält. Im Zusammenhang mit den Vorausberechnungen zur Rentenangleichung heißt es sogar: „Die Bundesregierung unterstellt in den Vorausberechnungen langfristig eine vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die der alten Länder. Das bedeutet insbesondere eine Angleichung der Löhne.“ (S. 114) Es fehlen jedoch Aussagen dazu, was „langfristig“ bedeutet, d. h. in welchen Etappen sowie bis wann dies erreicht werden soll. Wirtschaftsminister Clement hat zwar einige Tage nach Vorlage des Berichts angekündigt, dass der Lebensstandard bis 2019 in Ost und West annähernd gleich sein werde. Er hat es jedoch, wohl nicht

ganz zufällig, versäumt zu präzisieren, was er mit „annähernd gleich“ tatsächlich meint, und wie, auf welcher Grundlage, dies erreicht werden soll.

Überhaupt ist es für den Bericht charakteristisch, dass konkrete Aussagen über Ausmaß, Etappen und Tempo des künftigen ökonomischen Angleichungsprozesses vermieden werden. Klar scheint nur zu sein, dass an den finanziellen Festlegungen im Solidarpakt II für den Zeitraum 2005 bis 2019 festgehalten werden soll: 105 Mrd. Euro Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Infrastruktur und zum Ausgleich finanzieller Defizite der öffentlichen Haushalte (Korb I) und weitere 51,1 Mrd. Euro in Form von Sondermitteln für die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern (Korb II). Die tatsächliche Höhe der aus dem Korb II in den einzelnen Jahren verfügbaren Mittel ist jedoch eine Zielgröße, die noch unter Haushaltsvorbehalt steht. Die jährlich verfügbaren Mittel aus dem Korb I von etwas über 10 Mrd. Euro in den Jahren 2005-2008 gehen auf im Durchschnitt 5 Mrd. Euro in den Jahren 2011 bis 2019 zurück.

Wie unter diesen Bedingungen die für ein höheres Wirtschaftswachstum notwendige Erhöhung der Investitionen im produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands gesichert werden sollen bleibt völlig unklar. Die potentielle Gefahr, dass der Solidarpakt II späterhin noch revidiert wird („Föderalismusreform“, Konsolidierungszwänge, Krisen der öffentlichen Haushaltseinnahmen), erscheint in keiner Weise *politisch* endgültig gebannt.

6. Alternative Vorschläge und Sichtweisen

Wirft man einen kurzen Blick auf die jüngsten *Beschlüsse* der Bundesregierung für den weiteren „Aufbau Ost“ vom 23. August 2004, die als Reaktion auf das kritische Papier aus der Gruppe um v. Dohnanyi zu betrachten sind, so findet man dort folgende *allgemeine* Schwerpunkte für die Förderpolitik im Rahmen des Solidarpaktes II:

- Investitions- und Mittelstandsförderung
- Forschungs- und Innovationsförderung
- Verkehrswege
- Städtebauförderung
- Ländliche Entwicklung

Eine detaillierte Untersetzung dieser Schwerpunkte durch längerfristige komplexe Maßnahmen oder konzeptionelle Projekte wird hier nicht angeboten bzw. nicht neu beschlossen. Diese Stichwortbenennung geht kaum über jene Punkte hinaus, die bereits seit Jahren gelten und sich als unzureichend erwiesen haben für eine nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung. In keiner Weise wird hervorgehoben, auf welchen objektiven Entwicklungs- und Wachstumspfad die Bundesregierung konkret hinarbeitet, d.h. Entwicklungstempo und *strategische* Zielstellung für Ostdeutschland bleiben ungenannt. Dies allein zeigt, wie *unbestimmt* die volkswirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands in der kommenden Zeitperiode gesehen wird. Einen Ausweg aus diesem Dilemma dürfte die

neoliberale Politik der herrschenden Eliten im Einklang mit dem „Mainstream“ in der Wirtschaftsforschung nicht sehen bzw. nicht finden.

Vor dem Hintergrund der *objektiv* determinierten Entwicklungspfade stellt sich die Frage nach einer „alternativen“ Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland im erweiterten EU-Kontext. Dies wäre eine Wirtschaftspolitik, die auf einem realistischen Entwicklungs- und Wachstumspfad zu einem ausreichenden „selbst tragenden Wachstum“ beim Wiedereintritt in den Prozess der weiteren Angleichung von Ost an West führen kann.

Der Schwerpunkt der alternativen Forderungen hierfür muss sich eindeutig zur Beachtung von Grundeinsichten der Makroökonomie und adäquater Wirtschaftspolitik verschieben, um günstigere Vorbedingungen für eine gesamtdeutsche Konjunktur- und ostregionale Strukturentwicklung gleichermaßen einzufordern. Dies gilt insbesondere für die Beachtung der speziellen makroökonomischen Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen. Hierzu zählt die fiskalische Haushaltspolitik mit ihren volkswirtschaftlichen Verflechtungen.

Die bisherigen und künftig vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderpolitik insbesondere auf der ostdeutschen Unternehmensebene sowie auch auf der kommunalen Infrastrukturebene reichen keineswegs aus, einen politisch akzeptablen Entwicklungspfad zur Überwindung der ostdeutschen Misere zu beschreiten. Daher ist auch der folgenden Einschätzung des DIW zuzustimmen: „Allein mit einer neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland wird der Aufholprozess allerdings nicht wieder in Gang gesetzt werden können.“ (DIW-Wochenbericht 18/2004, S. 275)

Alternative Wirtschaftspolitik basiert auf einer Orientierung zu einem möglichst selbst tragenden Entwicklungspfad Ost, der die Entwicklungsrückstände Ost zu West *hinreichend* reduziert. Derzeit ist oft von weiteren 15 Jahren Aufholzeit hierfür die Rede, d.h. bis zum Auslaufen des Solidarpakts II. Bekanntlich sieht dieser Solidarpakt II aber keine Forcierung des gegenwärtigen jährlichen Investitionsvolumens in Ostdeutschland explizit vor. Dies hat jedoch Konsequenzen für den wahrscheinlichen Wachstumspfad Ost.

Nachstehende *Alternativ*forderungen können in ihrer Substanz und Komplexität nur *gegen* die Widerstände von neoliberaler Politik und Interessenlagen in der Wirtschaft sowie in der EU durchgesetzt werden. Hierfür ist auch erforderlich, dass der weitere Aufbau Ost durch die Bundesregierung als eine nationale Aufgabe hoher politischer Priorität **angesehen und essentiell wirksam gehandhabt wird**. Dazu gehört auch die Gestaltung eines nationalen Steuersystems, das hinreichende Steuereinnahmen für die erforderliche forcierte Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik in der ostdeutschen Region sichert.³⁰

Es kommt also nicht darauf an, dutzende Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, die sich bequem in die Rahmenbedingungen einfügen, die Voluntarismus in der Umsetzung enthalten können oder die Impulse in eine unerwünschte Richtung hervorrufen. Echte *Alternativen* werden durch den effektivsten objektiven Wachstumsverlauf selbst determiniert, und hierin allein liegt auch der *Antrieb für alternative Wirtschaftspolitik*, über die Maßnahmen der Bundesregierung hinauszuführen.

In der Konsequenz dessen erscheinen uns folgende generelle Orientierungen und Vorstellungen als Hauptforderungen aus *alternativer Sicht*, die über die bekannten neoliberal geprägten und wenig effektiven oder schon variierten Einzelmaßnahmen hinausgehen:

- Konzentration der Anreizbildung für private industrielle Investitionen nach regionalen und Branchen-Schwerpunkten und für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch die Steuer- und Förderpolitik
- Vergünstigungen für die Eigenkapitalbildung der ostdeutschen KMU durch die Förder- und Beteiligungspolitik sowie günstige Kreditbereitstellung für Innovationen und Investitionen
- Förderung der Potenzialkonzentration im Bereich der KMU zwecks Verstärkung der mittelgroßen Unternehmenseinheiten im Sektor Marketing, Logistik und Kreditierung
- Verstärkung des unternehmensseitigen F&E-Kapazitäten in den KMU und deren weiterer Vernetzung mit den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- Weitere Marktoffensiven mit staatlicher Förderung für ostdeutsche Produkte und Leistungen im Export und im Binnenmarkt, auf Messen im In- und Ausland
- Fortsetzung und mögliche Verstärkung der Einwerbung von externen Investoren in den wachstumsträchtigen Branchen im Industriesektor Ost, hauptsächlich in dessen mittelständischem Teil, sowie Absicherung der erforderlichen und angemessenen Finanzierungsmittel durch die Bundesregierung
- Verlagerung von Headquarter-Funktionen nach Ostdeutschland im Zuge koordinierter Maßnahmen von westdeutschen Industrievereinigungen mit der Regierungsebene
- Herauslösung der Anteile für öffentliche Investitionen aus der jährlichen nationalen Defizitrechnung der öffentlichen Haushalte nach EWU-Kriterien, da das deutsche Grundgesetz hierfür ausdrücklich die Finanzierung über Neuverschuldung direkt vorsieht oder toleriert.

Mahnend hat Anfang 2004 der DGB ins Stammbuch der Bundesregierung geschrieben: „Es gibt nur noch schmale Korridore für politisches Handeln. Was nötig wäre, ist die Suche nach einem *neuen Konsens* für die Wirtschaftspolitik Ost. Es ist ein Trugschluss anzunehmen, dies sei nur für den Osten gut und ginge zulasten des Westens der Republik. Die Politik der „passiven Sanierung“, die Akzeptanz der Abkoppelung, ist die teuerste Variante der deutschen Einheit. Die Ökonomie rächt sich gnadenlos an der Politik, ganz zu schweigen von den Stimmen des Wahlvolkes.“³¹

Die heftige Ost-Debatte des Jahres 2004 hat die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen des Dilemmas der deutschen Unterentwicklungsregion schlagartig erhellt. Mit „weiter so!“ gerät die Politik ins historische Hintertreffen nach der Vereinigung. Der Einstieg in eine neue Strategie zur Wiederbelebung des Aufholprozesses ist zwar politisch wenig wahrscheinlich und unter den gegenwärtigen Zwängen der „Haushaltskonsolidierung“ verstellt, aber als anmahnde *alternative* Forderung unverzichtbar. Die Mobilisierung endogener Entwicklungspotenziale bleibt nach wie vor eine lebenswichtige zentrale wirtschafts- und strukturpolitische Aufgabe in Ostdeutschland.

-
- ¹ AG „Alternative Wirtschaftspolitik“, „Eine neue Wirtschaftsstrategie für Ostdeutschland“, siehe: www.memo.uni-bremen.de/Sonstige/2004/m.1904.pdf vom 23. April 2004
- ² Verg. Hierzu verschiedene Artikel/Studien aus dem IWH aus zurückliegenden Jahren
- ³ Deutsche Bank Research, Mitteilung Nr. 306 vom 10.11.2004, S. 42
- ⁴ Nach WSI-Angaben befanden sich in Ostdeutschland im Jahre 2001 nur 28 % der Betriebe und 56 % der Beschäftigten in Tarifbindung. (WSI-Mitteilungen Nr. 7/2003, S. 395, Tabelle)
- ⁵ Eine ausführliche Analyse zum ostdeutschen Arbeitsmarkt wird im „Memorandum 2005“ von der AG „Alternative Wirtschaftspolitik“ unter besonderer Bewertung der Hartz-IV-Wirkungen vorgenommen. (Ende April 2005)
- ⁶ Selbst errechnet nach Bundesbankangaben
- ⁷ DIW, Wochenbericht Nr. 36/2004, S. 512 (Tabelle)
- ⁸ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 56. Jg. (2004) 6, S. S. 55 *, 56 *
- ⁹ Bundesbankbericht 9/2004, S.. 55 *, 56 *
- ¹⁰ Deutsche Bank Research, Mitteilung Nr. 306 vom 10.11.2004, S. 7
- ¹¹ BMF, Monatsbericht 5/2004, S. 64
- ¹² DIW-Wochenbericht 26/2004, S. 374/375 Tabellen
- ¹³ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, 4/04, S. 18
- ¹⁴ IWH, WiW, Nr. 14/2004, S. 416
- ¹⁵ Tatsächlich ist auch der absolute Zuwachs des Volkseinkommens zwischen 1999 und 2003 mit durchschnittlich 26,1 Mrd. Euro weitaus geringer als der Nettotransfer von gegenwärtig ca. 80 Mrd. Euro für 2003.
- ¹⁶ DIW, Vierteljahresheft 2/2000, S. 202
- ¹⁷ Beispielrechnung für 1995 wie folgt: Westdeutsches BIP 1.573,1 Mrd. Euro, darin Wachstumsgewinn 6,5% und bei einer Abgabenquote von 41,2 %, ergibt 42,1 Mrd. Euro Mehreinnahmen im öffentlichen Haushalt.
- ¹⁸ Nach Angaben bei Ulrich Busch, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, Berlin 2002, S. 345, Fußnote 202
- ¹⁹ IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 13/1996, S. 2
- ²⁰ Vgl. hierzu: Ulrich Busch, a.a.O., S. 350; 345 mit Fußnote 202
- ²¹ IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 8/2004, S. 235, Tabelle A2
- ²² IWH-Pressemitteilung vom 7.7.2004
- ²³ BMWA, „Daten Neue Bundesländer“, Jan. 2004
- ²⁴ Deutsche Bank Research, a.a.O., S. 46
- ²⁵ Deutsche Bank Research, Mitteilung Nr. 306 vom 10.11.2004, S. 36
- ²⁶ IWH: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft, Studie (Pressemitteilung v. 2.11.2004)
- ²⁷ DGB, Wipo-Schnelldienst, Nr. 7/2004, S. 2
- ²⁸ Berechnet nach Angaben von Destatis im Internet
- ²⁹ Deutsche Bank Research, a.a.O., S. 44
- ³⁰ „Ein Mitgliedstaat der EU ist jedoch nicht daran gehindert, den strukturellen Zuschnitt seines Steuersystems an dem Ziel zu orientieren, für Wachstum und Beschäftigung auch steuerlich einen geeigneteren Rahmen als andere Länder zu bieten. Das ist originäre Aufgabe der Mitgliedstaaten, in die einzugreifen das zentrale Prinzip der Subsidiarität den Organen der Europäischen Union verbietet.“ (BDI, „Die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland“, Studie 2004, S. 22
- ³¹ DGB, Wipo-Schnelldienst, Nr. 7/2004, S. 8